

Keine andere Wahl, um nicht getötet zu werden

Yezid Arteta Dávila

Kolumbien nach dem Friedensabkommen in einer Dauerspirale von Gewalt und Flüchtlingseleid

Im Herbst 2016 wurde ich vom Flüchtlingsrat in Kiel eingeladen, um das Friedensabkommen zwischen der kolumbianischen Regierung und den FARC-Rebellen zu erläutern. Es sei ein gutes Abkommen – sagte ich zu den Teilnehmenden, die sich in der Lobby des Kieler Gewerkschaftshauses versammelt hatten.

Denn damals war zu erwarten, dass es eine Reihe von Problemen lösen würde, die der kolumbianische Staat den Bauern, den indigenen und afro-deszendenten Gemeinschaften, die auf dem Land leben, bereitet hatte. Ich war optimistisch. Das Kapitel des bewaffneten Kampfes mit der größten Guerrillagruppe der westlichen Hemisphäre – der FARC – war überwunden.

Mehr als 10.000 Kämpfer wurden in 23 Übergangszonen der Normalisierung (ZTVN) und acht Lagern konzentriert, um den Prozess der Entwaffnung und Reintegration in das zivile Leben zu beginnen. Die Regierung verpflichtete sich, mit Unterstützung und Überprüfung durch die Vereinten Nationen, das Vereinbarte umzusetzen. Trotz Unzuverlässigkeiten der Regierung unter dem Vorsitz des Nobelpreisträgers Juan Manuel Santos erfüllte die Guerilla ihren Teil: die Abgabe

der Waffen, die Unterwerfung unter die Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP) und die Umwandlung in eine politische Partei (Los Comunes) in Übereinstimmung mit der Verfassung und dem Gesetz.

Organisierte Kriminalität und rechtsextreme Paramilitärs stoßen in die Lücken

Im Laufe der Monate ließ der Enthusiasmus nach, als die kolumbianische Regierung begann, das Abkommen nicht umzusetzen. Land wurde nicht an Ex-Kombattanten und enteignete Bauern übergeben, und Pläne, illegale Ernten zu ersetzen, stießen auf eine bürokratische Mauer. Aber das Schlimmste war, dass das Vakuum, das die Guerilla in den landwirtschaftlichen Zonen hinterließ, nicht von den militärischen Kräften der Regierung und den staatlichen Behörden gefüllt wurde, wodurch die Gemeinden ungeschützt blieben. Das Vakuum wurde von bewaffneten Hochburgen gefüllt, die mit Drogenhandel, Erpressung und illegalem Bergbau in Verbindung stehen. Die Bauern, deren Land ihnen während des Krieges genommen worden war, kehrten in das Gebiet zurück, um es zurückzugewinnen, wurden aber von den rechtsextremen Kadern bedroht und hatten keine andere Wahl, als angesichts der Möglichkeit, getötet zu werden, erneut zu fliehen.

Am 7. August 2018 fand in Kolumbien ein Regierungswechsel statt. Iván Duque, ein Gegner des Friedensprozesses, übernahm das Amt von Juan Manuel Santos. Hinter Iván Duque stand der ehemalige Präsident Álvaro Uribe, ein rechtsextremer Politiker, der es sich zum Ziel gesetzt hatte, das Friedensabkommen zu demonstrieren. Das Weiße Haus, das während der

Obama-Regierung den Friedensprozess mit der Guerilla unterstützte, wandte sich unter Donald Trump von dem Abkommen ab, was die kolumbianische Regierung beflügelte, dasselbe zu tun.

Die bewaffnete Konfrontation, die sich einst auf drei erkennbare Akteure (Guerilla, Paramilitärs und Regierungstruppen) beschränkte, wird heute von Gruppierungen ausgetragen, die keine klaren politischen Motive haben. Es ist eine chaotische, atomisierte und tödlichere Gewalt als die, die von konventionellen bewaffneten Akteuren ausgeht.

Terror, Zwangsvertreibungen und Drogenwirtschaft

Dutzende von Gruppen haben sich in den Gebieten niedergelassen und nutzen die komplexe Topographie Kolumbiens aus. Im Dschungel und in den abgelegenen Regionen des Landes haben diese Gruppen ihre Dominanz durchgesetzt. Ihre Strategie ist der Terror, und sie sind die Hauptursache für Zwangsvertreibungen.

Ein aktueller Bericht des GEP stellt fest, dass Zwangsvertreibung die Viktimisierung ist, die in Kolumbien seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens am meisten zugenommen hat. Bislang wurden im Jahr 2021 mehr als 1.300 Familien gezwungen, ihr Gebiet zu verlassen. Die Zahl ist besorgniserregend, denn sie erinnert an die schwersten Jahre des bewaffneten Konflikts, als Millionen von Menschen die ländlichen Gebiete oder das Staatsgebiet verließen und Kolumbien zu einem der am stärksten von Flucht betroffenen Länder der Erde machten.

Die Zunahme des illegalen Anbaus in Kolumbien (Koka, Marihuana und Mohn) schürt die Gewalt und verursacht irreversible Umweltschäden. Tausende Hektar

Primärwald im Amazonas- und Orinokogebiet wurden in den letzten zwei Jahren abgeholzt um Koka anzupflanzen. In der Vergangenheit hatte die FARC-Guerilla den Drogenhändlern drastische Maßnahmen auferlegt, um sie an der Ausweitung ihrer Ernten zu hindern, und die Kokabauern gezwungen, Nahrungsmittel anzubauen, die Wälder und das Wasser zu schützen. Heute sind die Dschungel Kolumbiens Niemandland.

Attentate auf ehemalige Guerilleros und soziale Führer

Die Ermordung von Ex-Kombattanten, die ihre Waffen niedergelegt haben, ist eine Schande in Kolumbien. Bis März 2021 wurden mehr als 250 ehemalige FARC-Guerilleros getötet, darunter auch mehrere Kader, die produktive Projekte auf dem Land leiteten. Diese Situation hat dazu geführt, dass sich einige ehemalige Kämpfer aus Angst, getötet zu werden, einigen der Dissidentenhochburgen angeschlossen haben, die weiterhin unter dem Namen FARC EP operieren. Diese Dissidenten haben keine militärische Zukunft und noch weniger politische Zukunft, aber sie schaffen Situationen der Gewalt in einigen spezifischen Gebieten des Landes. Nach Beobachtungen der Organisation Indepaz wurden in den ersten drei Monaten des Jahres 2021 13 ehemalige Friedensunterzeichner der FARC EP getötet.

Neben der Ermordung von Ex-Guerillas wurden auch soziale Führer getötet. Die Zahlen sind schockierend. Rund 750 Menschen haben ihr Leben durch gedungene Killer im Dienste lokaler Machthaber verloren. Indepaz hat 36 Morde an sozialen Führern im Jahr 2021 dokumentiert. Die Regierung von Iván Duque hat wenig getan, um Ex-Kombattanten und soziale Führer zu schützen, die sich Landbesitzern, externen Reiseveranstaltern, Drogenhändlern, korrupten Politikern, Dissidenten bewaffneten Gruppen und Militärs, die ein Auge

zudrücken, entgegenstellen müssen. Das Bild wird immer schlechter.

Venezuela – USA – Wahlen

Die Krise in Venezuela verschlimmert die Situation in Kolumbien. Die beiden Länder teilen eine lange Grenze und historische, kommerzielle und kulturelle Verbindungen. Das gegen Venezuela verhängte Wirtschaftsembargo hat zu einer katastrophalen sozialen und politischen Instabilität geführt, von der die Bevölkerung betroffen ist. Der Mangel an lebensnotwendigen Gütern, die Inflation und der wirtschaftliche Zusammenbruch veranlassten Hunderttausende von Venezolanern, ihr Land zu verlassen: Die wohlhabendsten Familien zogen in den Bundes-

pflichtet, die Situation derjenigen zu regulieren, die illegal ins Land gekommen sind. Das UNHCR lobte die Geste der kolumbianischen Regierung, obwohl Kritiker sagen, das Land habe nicht die Ressourcen, um sich um die venezolanischen Einwanderer zu kümmern.

Die Ankunft von Joe Biden im Weißen Haus hat in Kolumbien einige Erwartungen geweckt. Biden beabsichtigt, die Umsetzung des Friedensabkommens zu unterstützen, so wie es Obama seinerzeit getan hat. Die Regierung Duque scheint die neue Situation zur Kenntnis zu nehmen. Die GEP hat an Ansehen gewonnen und die internationale Gemeinschaft ist einhellig der Hoffnung, dass Kolumbien den endemischen Konflikt überwin-



Proteste in Baranquilla, Kolumbien

staat Florida (USA) und nach Europa. Die einfache Klasse wanderte in ihrer großen Mehrheit nach Kolumbien aus.

Die Fremdenfeindlichkeit gegenüber den Venezolanern beginnt sich zu zeigen, angeheizt durch einige demagogische Politiker. Nach Angaben des kolumbianischen Migrationsamtes halten sich etwa 1.720.000 Venezolaner im Land auf, von denen mehr als die Hälfte undokumentiert ist. Präsident Ivan Duque unterzeichnete unter dem Druck der Umstände ein Dekret, mit dem sich Kolumbien ver-

den kann. Im nächsten Jahr finden Wahlen statt, um einen Präsidenten zu wählen und die Legislative zu erneuern. Umfragen zeigen, dass die politischen Kräfte, die sich am meisten für Frieden und Versöhnung einsetzen, den meisten Zuspruch bekommen. Kolumbien braucht einen Kurswechsel, um die Ursachen des Konflikts zu bekämpfen.

Yezid Arteta Davila ist ehemaliger Kommandant der FARC. Der Kolumbianer lebt heute als Journalist und Publizist im spanischen Exil.
www.yezidarteta.wordpress.com